

# *Ergebnisprotokoll Beirat von und für Menschen mit Behinderungen des Bezirkes Lichtenberg*

Beiratssitzung vom: 18.07.2023 | Beginn: 16.00 Uhr, Ende: 18.10 Uhr

Sitzungsort: Rathaus Lichtenberg, Ratssaal

Versammlungsleitung: Annabel Haas-Krahé

Protokollantin: Annika Möller

## ***1. Feststellung der Beschlussfähigkeit, Bestätigung der Tagesordnung vom 18. Juli 2023, Bestätigung der Protokolle vom 16. Mai 2023 und vom 20. Juni 2023***

Es sind 16 Beiratsmitglieder anwesend.

Der Beirat ist somit beschlussfähig.

Es wird über die **Tagesordnung der heutigen Sitzung** abgestimmt.

Bestätigung der Tagesordnung:

- 16 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

Es gibt keine Änderungsvorschläge.

Die Tagesordnung wird angenommen.

Es wird über das **Protokoll der Sitzung vom 16. Mai 2023** abgestimmt.

Bestätigung des Protokolls:

- 16 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 0 Enthaltungen

Das Protokoll vom 16. Mai 2023 wird angenommen.

Das Protokoll vom 20. Juni 2023 lag zur Beiratssitzung nicht vor.

Das Protokoll der Juni-Sitzung wird nachgereicht und in der nächsten Sitzung abgestimmt.

Annabel Haas-Krahé erinnert die Beiratsmitglieder daran, dass am 5. September 2023, der Termin mit der Abgeordneten Tamara Lüdke (SPD) im Abgeordnetenhaus Berlin stattfindet. Wer Interesse am Besuch hat, trägt dies bitte in der Anwesenheitsliste ein.

Es wird gefragt, ob es denn keinen Bezirksstadtrat für das Amt für Soziales gibt.

Das Amt für Soziales übernimmt der Bezirksstadtrat Kevin Hönicke (SPD) kommissarisch.

Eigentlich hätte die BVV-Fraktion der AfD Anspruch auf einen Stadtratsposten für das Amt für Soziales.

Der Kandidat der AfD erhält in der Bezirksverordnetenversammlung jedoch keine Mehrheit.

## ***2. Austausch mit dem Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel***

Vor dem Eintreffen von Herrn Dusel, wird der Grund seines Besuchs im Beirat erläutert.

Frank-Walter Steinmeier lud Felix Heilmann am 10. Januar 2023 zum Neujahrsempfang ins Schloss Bellevue ein.

Gemeinsam mit seiner Frau Elke Büdenbender begrüßte er rund 70 Bürgerinnen und Bürger aus allen Bundesländern, die sich um das Gemeinwohl besonders verdient gemacht haben.

Felix Heilmann war einer der drei Geehrten aus Berlin.

Er wurde vom ehemaligen Bezirksbürgermeister, Michael Grunst, für die Ehrung durch Herrn Steinmeier, vorgeschlagen.

Außerdem waren Repräsentanten des öffentlichen Lebens eingeladen, darunter Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kultur und Zivilgesellschaft.

Der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, war ebenfalls unter den Gästen.

Jürgen Dusel, Daniela Kaup und Felix Heilmann kamen ins Gespräch miteinander.

Daniela Kaup berichtet von der Spielplatzkommission.

Sie hatte ein Gespräch mit Frau Zurek.

Es soll erreicht werden, dass Frau Kaup nun an den Spielplatzplanungen immer beteiligt wird und auch, dass die Spielplätze barrierefreier werden.

Pro Jahr stehen nur 200.000 Euro für den Erhalt und den Bau neuer Spielplätze zur Verfügung. Spielgeräte kosten jedoch viel Geld.

Es ist nicht möglich, dass ein Spielplatz zu 100 Prozent barrierefrei ist.

Für Spielplätze gibt es drei verschiedene Schwierigkeitsstufen.

Kinder, die besondere Herausforderungen beim Spielen benötigen, müssen auch berücksichtigt werden.

Frau Zurek und Frau Kaup haben sich darauf verständigt, dass es Schwerpunkt-Spielplätze gibt. Es soll nicht mehr so sein, dass für Kinder mit Behinderungen keine Spielangebote gibt.

Die Bezirksstadträtin Filiz Keküllüoğlu (Bündnis 90/Die Grünen) für Verkehr, Grünflächen, Ordnung, Umwelt und Naturschutz war in der letzten Sitzung des Ausschusses für Vielfalt, Gleichstellung, Inklusion und Bürger:innenbeteiligung, anwesend.

Sie berichtete ebenfalls von der Spielplatzkommission.

Im Ausschuss gab es eine Diskussion, wie Spielplätze inklusiver gestaltet werden können.

Es gab die Überlegung, dass die Leitung der Spielplatzkommission mal in den Ausschuss kommt.

Jürgen Dusel und seine Arbeitsassistentin Liliane Kapr sind eingetroffen.

*War Ihr Arbeitsort, das Kleisthaus schon barrierefrei oder mussten Sie noch viel ändern?*

Laut Herrn Dusel ist das Kleisthaus nicht zu 100 Prozent barrierefrei, dies ist auch nicht machbar, da es unterschiedliche Anforderungen an Barrierefreiheit gibt.

Für rollstuhlnutzende und sehbehinderte Menschen ist die Barrierefreiheit in Ordnung.

Für Menschen mit Hörbehinderungen könnte es besser sein.

*Was konnten Sie im Verlauf Ihrer bisherigen Amtszeit bewirken?*

Herr Dusel begrüßt die Beiratsmitglieder und Gäste.

Er erläutert kurz seine Behinderung.

Er hat von Geburt an einen kleinen Sehrest.

Er befindet in seiner zweiten Amtszeit als Bundesbeauftragter für die Belange von Menschen mit Behinderungen.

Er wird durch den Bundeskanzler und das Bundeskabinett bestellt.

Erst durch Angela Merkel, nun durch Olaf Scholz.

Vorgeschlagen wird er durch den für das sozial zuständige Mitglied der Bundesregierung, zurzeit ist das der Bundesminister Hubertus Heil.

Er hat allerdings eine Querschnittsaufgabe, da Politik für Menschen nicht nur Sozialpolitik ist, sondern auch andere Politikbereiche wie Gesundheit, Bauen, aber auch Sicherheit und Außenpolitik betrifft.

Er ist weisungsfrei innerhalb der Bundesregierung, das bedeutet, dass niemand ihn Anweisen kann, er aber auch niemanden Anweisen kann.

Darum bezeichnet er sich selbst als Politikberater für den Bund, dieser umfasst mehr als die Bundesregierung.

Er muss beteiligt werden, sobald ein Gesetz oder ein Vorhaben in die Lebenswirklichkeit von Menschen mit Behinderungen eingreifen könnte.

Dies umfasst seiner Auffassung nach fast alle Gesetze, denn in Deutschland leben 13,5 Millionen Menschen mit einer Beeinträchtigung.

Für den Beauftragten arbeiten ungefähr 25 Personen.

Die Schlichtungsstelle Behindertengleichstellungsgesetz ist bei ihm angedockt.

Herr Dusel hat Jura studiert.

Sein Arbeitsmotto lautet „Demokratie braucht Inklusion“.

Rückblick auf die letzten fünf Jahre:

- Es geht um die **Umsetzung von Menschenrechten**.
- **Aufhebung des Wahlrechtsausschlusses für Menschen, die unter Betreuung stehen**  
Dies betraf 85.000 Menschen in Deutschland.
- **Assistenz im Krankenhaus**  
Es gab einen langen Streit um Zuständigkeiten.
- **Die Berücksichtigung der Belange von Menschen mit Behinderungen während der Corona-Pandemie**  
Am Anfang gab es wenig barrierefrei zugängliche Informationen zur Pandemie.
- **Verdopplung der Pauschbeträge für Menschen mit Schwerbehinderung**

*Welche Schwerpunkte und Ziele verfolgen Sie mit Ihrer Arbeit für die Zukunft?*

Er war Anfang Februar 2022 in der Bundespressekonferenz und hat die Schwerpunkte seiner Amtszeit vorgestellt.

Durch den russischen Angriffskrieg kam noch der Punkt der Geflüchteten mit Behinderungen dazu.

Als Beispiel nennt er hier Menschen mit Hörbehinderung oder Familien mit schwerbehinderten Kindern.

In der Bundespressekonferenz nannte er fünf Punkte, welche sich hauptsächlich um Barrierefreiheit drehen:

#### 1. Wohnen

Barrierefreier Wohnraum muss bezahlbar sein.

Er sagt, dass es zu wenig barrierefreien Wohnraum gibt.

Darum soll nur noch barrierefreier Wohnraum gefördert werden.

Die Richtlinie ist für Neubau nur noch barrierefrei zu bauen.

Barrierefreiheit ist für ihn ein Qualitätsstandard für modernen Wohnungsbau.

Es gibt dazu auch ein Papier: [https://www.ak-](https://www.ak-berlin.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/DAB_2022/DAB-2022-11-ost-BE.pdf)

[berlin.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/DAB\\_2022/DAB-2022-11-ost-BE.pdf](https://www.ak-berlin.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/DAB_2022/DAB-2022-11-ost-BE.pdf)

*Es gibt eine Zwischenfrage von Frau Kaup: Was für Auswirkungen hat das Papier?*

*In der letzten Legislatur gab es fast eine neue Bauordnung mit einer Rollstuhlfreiquote für Wohnungen in Berlin, diese wurde aber durch Andreas Geisel und Franziska Giffey aufgehalten.*

*Nun sollen E-Gebäudetypen eingeführt werden, wo nicht klar ist, wo die Kostenersparnis sein soll. Es wird befürchtet, dass die Einsparungen im Bereich der Barrierefreiheit liegen werden.*

*In wie weit können sie Einfluss darauf nehmen, dass Berlin verpflichtend eine Quote für rollstuhlgerechten Wohnraum erhält?*

Die Länder sind für die Bauordnungen zuständig, aber „wer zahlt, bestimmt die Musik“.

Es sollen nur noch barrierefreie Wohnprojekte durch Bundesmittel gefördert werden.

Weiterhin gibt es mit dem Berliner Landesgleichberechtigungsgesetz ein sehr gutes Gesetz in dem steht, dass „Träger öffentlicher Gewalt verpflichtet sind, die Ziele des Gesetztes aktiv zu fördern.“

*Herr Kröber sagt, dass ein nicht selten auftretendes Problem ist, dass barrierefreie Wohnungen von den Quadratmetern nur geringfügig größer sind, als nicht barrierefreie Wohnungen.*

*Dadurch sind sie größer als der in der Grundsicherung anerkannte Bedarf.*

*Dadurch bekommen die Leute diese Wohnungen nicht, kann da etwas unternommen werden?*

Es gibt einen gewissen Ermessensspielraum der Verwaltung bei der Grundsicherung.

## 2. (Barrierefreie) Mobilität:

Herr Dusel berichtet, dass in Paris wohl nur 3% der Metrostationen barrierefrei sind.

Mobilität ist für ihn nicht nur der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV), sondern auch der Fernverkehr der Deutschen Bahn.

Die Bundesregierung hat sich einen Mobilitätspakt vorgenommen.

Als Beispiel nennt er die Abhängigkeit vom Mobilitätsservice (Mobi-Hilfe) oder auch das die Züge nicht bodengleich sind.

## 3. Gesundheit:

Nur 20% der Arztpraxen sind barrierefrei.

Schätzungsweise sind keine zehn gynäkologischen Praxen barrierefrei mit dem Rollstuhl nutzbar. Deshalb gehen viele Frauen im Rollstuhl für die Vorsorgeuntersuchung ins Krankenhaus.

Im Rahmen der Special Olympics World Games gab es ein Projekt mit dem Namen „healthy athletes“ (Gesunde Athleten).

Bei diesem wurden alle Teilnehmenden untersucht.

Dabei kam heraus, dass 50% der untersuchten Teilnehmenden die falsche Brille trugen.

30% trugen zu kleine Schuhe.

Es gibt nun einen Gesetzesentwurf aus dem Gesundheitsministerium, dass Hilfsmittel, die von SPZ verordnet werden, diese nicht mehr abgelehnt werden können.

Dieser muss noch durch den Bundestag.

Der Gesundheitsminister Karl Lauterbach ist dazu aufgefordert einen Aktionsplan für diverses und inklusives Gesundheitswesen zu erstellen.

## 4. Familien mit Schwerstbehinderten Kindern, Kinderhospizarbeit:

Großes Gesetzgebungsverfahren „die Inklusive Lösung“, Kinder und Jugendhilfe soll neu aufgestellt werden. Hierbei soll Sozial- und Kinder- und Jugend-Hilfe zusammengeführt werden mit dem Ziel es für die Betroffenen zu vereinfachen. (Reform des Sozialgesetzbuches 8)

*Ramona Krause fragt: Was kann man noch machen, wenn die Mütter total verzweifelt sind, dass sie die Kinder zuhause nicht mehr handeln können, aber von Amtswegen keine Hilfe bekommen, grade im Falle von Systemsprengern?*

Es soll ab 2024 Familienlotsen geben, welche im Rahmen der aufsuchenden Familiensozialarbeit die Familien aufsuchen.

Im Fall von Systemsprengern müsste man sich, bei Scheitern des Jugendamtes an den Senat wenden.

*Die Lots:innen die eingesetzt werden sollen, werden diese dann vom Bund bezahlt? Denn grade gab es ja den Aufruf vom Senat an die Bezirke Geld einzusparen.*

Hierbei handelt es sich um eine gesetzliche Vorgabe, die Bürgerinnen haben ein Recht darauf. Die Lots:innen sollen unabhängig werden.

Frau Kaup berichtet von einer Anfrage.

Es scheint eine Regelungslücke auf Bundesebene zu geben.

Eine Mutter hatte ein Kind mit Behinderung zuhause gepflegt, kann diese Pflege nun aber nicht mehr leisten und das Kind wurde nun in einem Heim untergebracht.

Aufgrund der Selbstständigkeit muss sie nun allerdings die gesamten Kosten für die Heimunterbringung selber bezahlen, da sie für die Altersvorsorge ihr Vermögen in Immobilien investiert hat.

Bei der Mutter herrscht eine große Verzweiflung.

Durch das Familienentlastungsgesetz sollte dies eigentlich nicht vorkommen.

*Frau Prescha fragt: Wie werden die Lotsinnen angestellt, handelt es sich hier um ein Ehrenamt?*

Bei den Lotsinnen handelt es sich um eine ordentliche Stelle in der Verwaltung.

Möglichst bestehend aus einem Team.

Ausgehend von der vorher erwähnten Zusammenführung der Gesetzesbücher, soll nun für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen, bei allen Belangen die Kinder- und Jugendhilfe zuständig sein. (Leistungen aus einer Hand)

#### 5. Gewaltschutz:

Frauen mit Behinderungen haben ein dreimal höheres Risiko von (sexualisierter) Gewalt zu werden als Frauen ohne Behinderungen.

Auch Jungs und Männer erleben Gewalt.

Diese findet nicht nur in Heimen und Werkstätten für Menschen mit Behinderungen statt, sondern auch im öffentlichen Raum.

Gemeinsam mit dem Deutschen Institut für Menschenrechte hat er Handlungsempfehlungen zu dem Thema herausgegeben: [https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Weitere Publikationen/Schutz vor Gewalt in Einrichtungen fuer Menschen mit Behinderungen. Handlungsempfehlungen fuer Politik und Praxis.pdf](https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Weitere_Publikationen/Schutz_vor_Gewalt_in_Einrichtungen_fuer_Menschen_mit_Behinderungen_Handlungsempfehlungen_fuer_Politik_und_Praxis.pdf)

#### 6. Teilhabe am Arbeitsleben:

Es wurde die vierte Stufe der Ausgleichsabgabe eingeführt, wenn ein beschäftigungspflichtiges Unternehmen nicht einen Menschen mit Behinderungen beschäftigt, müssen sie 120€ pro Monat pro nicht besetzten Arbeitsplatz bezahlen.

Ein Viertel der beschäftigungspflichtigen Unternehmen beschäftigt nicht mal eine Person mit Schwerbehinderung.

#### 7. Geflüchtete Menschen mit Behinderungen

*Als Beirat ist die Arbeit im Bezirk ist schon eine Sisyphusarbeit.*

*Wie ist das in Ihrer Arbeit?*

*Sie haben bestimmt sehr viele Anfragen von einzelnen Bundesländern, aus Kommunen und von privat Personen. Wie machen Sie das?*

Herr Dusel führt aus, dass es nur durch Austausch unter den Beauftragten für Menschen mit Behinderungen und durch den Inklusionsbeirat funktioniert.

Er versteht sich als Bindeglied zwischen Bundesregierung und der Zivilgesellschaft.

Der Inklusionsbeirat besteht aus allen Selbstvertretungsverbänden auf Bundesebene wie zum Beispiel: der Gehörlosenverband, die Caritas, die Lebenshilfe, Werkstatträte etc.

Es ist wichtig, dass diese Verbände die Probleme kommunizieren.

Zum Beispiel wurde das Thema „Assistenz im Krankenhaus“ per Petition an uns herangetragen. Auch der Internationale Austausch ist von hoher Relevanz, da viele Entscheidungen auf EU-Ebene laufen.

Letztes Jahr, während der Ratspräsidentschaft zur G7 wurde der erste weltweite Gipfel durchgeführt. Es gibt eine Milliarde Menschen mit Behinderungen auf der Erde, 90% davon leben im globalen Süden.

### **3. Fortsetzung des Gesprächs mit Herrn Dusel**

*Von Seiten Beiratsmitglieder bestehend aus verschiedenen Trägern, sowie Selbstvertretungen gibt es ein paar drückende Schuhe.*

*Ein drängendes Problem ist die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention auf kommunaler Ebene.*

*Beispielsweise die schon angesprochene Besetzung der Koordinierungsstelle zur Umsetzung der UN-BRK.*

*Welche Möglichkeit haben wir als Beirat um uns da stärker Gehör zu verschaffen, was würden Sie tun?*

Die Verwaltung ist nach Artikel 20 Grundgesetz als vollziehende Gewalt an Gesetz und Recht gebunden.

Wenn es nach Gesetz eine solche Stelle geben muss, dann muss diese geschaffen werden.

Eine Möglichkeit wäre nun, mit den Abgeordneten der BVV Kontakt aufzunehmen.

Eine andere wäre Öffentlichkeit herzustellen, beispielsweise kann man sich an die Presse wenden.

Ein weiterer Punkt wären Sanktionen, also was tut man wenn Gesetze missachtet werden.

Beispielsweise hat das „Deutsche Institut für Menschenrechte“ in einem anderen Bereich empfohlen, dass man private Anbieter sanktioniert, wenn sie nicht für angemessene Vorkehrungen treffen.

Als konkretes Beispiel wird hier ein Ladengeschäft mit einer Stufe genannt.

Eine angemessene Vorkehrung wäre eine Rampe, wenn diese nicht gebaut oder vorgehalten wird, dann wird sanktioniert.

*Auf privater Ebene ist das wahrscheinlich leichter umzusetzen, aber wie schafft man das denn auf kommunalpolitischer Ebene? Eben das Stellen besetzt werden oder dass Spielplätze barrierefrei gebaut werden?*

Es ist nicht nur die Aufgabe des Landes Gesetze zu erlassen, sondern auch dafür zu sorgen, dass diese umgesetzt werden.

Grade hierfür sind der Beirat und die kommunalen Beauftragte für Menschen mit Behinderungen wichtig.

Es ist auch wichtig auf den Umsetzungsplan zur UN-BRK zu beharren.

Es bietet sich hier wieder Öffentlichkeit herzustellen.

Frau Kaup erläutert, dass sie als kommunale Beauftragte auch nur eine beratende Funktion hat. Der Schwerpunkt bei der Schaffung der Barrierefreiheit an Schulen liegt auf dem Schwerpunkt „gehen“.

Auf ihren Hinweis, dass sie dort einen Rechtsverstoß sehe, bekam sie die Antwort, dass der politische Verantwortliche keinen Rechtsverstoß sieht.

*Was kann man da tun?*

*Herr Dusel fragt, ob Frau Kaup finanzielle Ressourcen habe?*

Sie antwortet, dass weder sie, noch der Landesbeirat, welcher Klagerecht hat, haben finanzielle Ressourcen.

Also wir könnten nicht klagen.

Herr Dusel führt aus, dass sich der Beirat an den Senat wenden kann oder eine Pressemitteilung zu dem Vorgang veröffentlichen kann.

Beispielsweise hat der Inklusionsbeirat beim Beauftragten der Bundesregierung hat gerade eine Stellungnahme zum Ausbleiben des Aktionsplans gemacht.

*Detlev Pflughaupt fragt: In Amerika und anderen englischsprachigen Ländern müssen alle Geschäfte barrierefrei sein, warum klappt das nicht in Deutschland?*

Herr Dusel stimmt Herrn Pflughaupt zu, dass es in Amerika den ADA (Americans with Disabilities Act) gibt und es nun in Deutschland auch losgeht.

Als erster Schritt sollen nun alle privaten Anbieter von Produkten und Dienstleistungen zur Barrierefreiheit verpflichtet werden. (Barrierefreiheitstärkungsgesetz)

Alle Produkte und Dienstleistungen, die für die Allgemeinheit bestimmt sind, sollen barrierefrei sein.

Herr Dusel merkt an, dass die Amerikaner aber ein Problem im öffentlichen Bereich haben.

Deutschland sei im öffentlichen Bereich gar nicht so schlecht, aber dafür im privaten Bereich.

*Sven Pawelski: Anknüpfend an die Frage von Frau Kaup, als Schwerbehindertenvertreter der Lichtenberger Schulen kämpfe ich schon seit Jahren für die Barrierefreiheit an Schule.*

*Als konkretes Beispiel sei die Stufenmarkierung nach DIN 18040 genannt.*

*Zwei Drittel der Schulen sind nicht ausreichend markiert.*

*Sebastian Gerold berichtet, dass es in seiner Wohnanlage einen Interessenkonflikt mit dem Blindenleitsystem gab, da es für Menschen im Rollstuhl ein Problem darstellt, was kann man da tun?*

Herr Dusel berichtet dazu von einer Lösung aus Brandenburg.

Ein klassisches Beispiel ist der Bordstein, Menschen im Rollstuhl möchten gerne eine Nullabsenkung, Menschen die einen Taststock benutzen würden gerne eine taktile Rückmeldung.

Diese muss allerdings gar nicht durchgehend sein, eine kleine Erhebung reicht schon.

Ein großes Problem ist, dass Barrierefreiheit an Universitäten nicht gelehrt wird.

*Herr Kröber sieht einen großen Bedarf an barrierefreien Flucht- und Rettungskonzepten.*

Herr Dusel stimmt dem zu.

Es gebe Konzepte im Heimbereich, aber grade im ÖPNV gibt es viele Defizite.

Grade das viele Warnsignale akustisch stattfinden nennt er als Problem, da diese von tauben Menschen nicht wahrgenommen werden können.

*Thema Werkstätten für Menschen mit Behinderungen, was ist ihre Meinung zum Entgeltsystem?*

Hier sieht Herr Dusel drei Komponenten: Die zweite Prüfung der Umsetzung der UN-BRK durch die Vereinten Nationen steht an.

Bei der ersten Prüfung hat der Fachausschuss der UN angemahnt, dass die Werkstätten abgeschafft gehören.

Diese Meinung teilt Herr Dusel nicht.

Die zweite Komponente ist, dass es eine heftige Diskussion gibt, welche von Aktivist:innen wie Laura Gehlhaar und Raul Krauthausen ausgetragen wird, welche sagen, dass das System der Werkstätten so nicht weitergehen kann.

Der dritte Punkt ist, dass die Entlohnung so nicht weitergehen kann und der Übergang aus der Werkstätten in den ersten Arbeitsmarkt besser werden muss.

Herr Dusel sagt, dass wenn wir den Grundsatz „nichts über uns, ohne uns“ ernst nehmen, dann müssen wir auch die Meinung der Werkstattbeschäftigten ernst nehmen und diese wollen nicht, dass die Werkstätten abgeschafft werden, da dort soziale Interaktion stattfindet.

Herr Dusel vertritt die Ansicht, dass die Menschen in Werkstätten besser entlohnt werden müssen, jedoch sollte man beachten, dass dort auch andere Geldleistungen fließen, diese sind in Summe jedoch immer noch unter Mindestlohn.

Die Rentenanwartschaft darf sich jedoch nicht verringern.

Jedoch sollte sich dies nicht auf die Erwerbsminderungsrente auswirken.

Auch soll der Anspruch auf die Erwerbsminderungsrente bei einem Eintritt in den ersten Arbeitsmarkt aus der Werkstatt heraus nicht mehr erlöschen.

Laut Herrn Dusel muss man dafür sorgen, dass weniger Menschen automatisch in die Werkstatt gehen.

Viele profitieren davon, dass Menschen aus der Förderschule in die Werkstatt gehen, nur nicht die Betroffenen selbst.

Hier müsste es eine Beratung zur Berufsorientierung von jungen Menschen geben.

**Anja Kleffner, Cooperative Mensch eG:** *Wenn ich auf kommunaler Ebene Anträge stelle und diese vertagt werden weil die Kassen leer sind, gibt es da noch Fonds vom Bund?*

*Bezugnehmend auf die neuen Sparpläne der Bundesregierung, ist die Eingliederungshilfe gesichert?*

*Letztlich gibt es auch Menschen mit Behinderungen, die von Wohnungslosigkeit und Obdachlosigkeit betroffen sind, haben Sie dahingehend Pläne?*

Herr Dusel beginnt mit dem letzten Punkt.

Er führt aus, dass sie eine Teilhabeempfehlung gegeben haben, aber viel zu wenig Daten dazu haben.

Er glaubt auch, dass die Eingliederungshilfe gesichert ist, da es sich hierbei um eine Pflichtleistung handelt.

Es kommt aber darauf an wo man lebt, da es eine Kommunalleistung ist.

Zum ersten Punkt führt Herr Dusel aus, dass das Geld meistens fehlt, da es falsch ausgegeben wird, er schlägt hierzu vor Öffentlichkeit herzustellen.